

Hallenbäder: Kreis steigt endgültig aus

Linke und Freie Wähler können Politiker nicht vom Verbleib in Zweckverbänden überzeugen

Main-Kinzig-Kreis (kh/GT). Die Fraktionen der Linken und der Freien Wähler (FW) sind gestern mit ihrem Vorhaben gescheitert, den Landkreis zum Verbleib in den Hallenbad-Zweckverbänden zu bewegen. Einem entsprechenden Dringlichkeitsantrag, den die Linke im Kreistag vorgelegt hatte, stimmten neben der antragstellenden Fraktion nur die FW geschlossen zu; während die Mehrheit mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei einigen Enthaltungen den teilweise bereits vollzogenen Ausstieg unterstützte.

Andreas Müller (Linke) betonte, man könne nicht auf der einen Seite stets an die gemeinsame Verantwortung der kommunalen Familie appellieren und dann die Kommune mit der nicht aus eigener Kraft zu leistenden Finanzierung der teuren Hallenbäder alleine stehen lassen. Zwar habe die Gemeindevertretung Freigericht den Ausstieg des Kreises gegen eine Millionenentschädigung gebilligt; die dortige SPD aber habe mit guten Argumenten dagegen gestimmt, weswegen er hoffe, dass sich auch die Sozialdemokraten im Kreistag noch einmal besinnen.

Während in Nidderau der Ausstieg schon endgültig vollzogen ist, gebe es in Gelnhausen, Gründau und Linsengericht, wo die

Entscheidung noch ausstehe, deutliche Signale seitens der Fraktionen in den kommunalen Parlamenten, den Landkreis eben nicht aus der Pflicht zu entlassen. Müller betonte, ein Ausstieg des Kreises aus einem Zweckverband sei auch unter juristischen Aspekten nicht machbar. Er verlangte, sämtliche Ausstiegsszenarien in allen Gemeinden zu stoppen und zu prüfen, wie eine einheitliche Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgabe Hallenbad“ zu bewerkstelligen sei.

Unterstützung erhielt die Linke von den Freien Wählern. Ihr Sprecher Heinz Breidenbach sagte, ein Ausstieg des Kreises sei „grundsätzlich falsch“. Der Main-Kinzig-Kreis verlasse mit diesem Vorhaben den zuletzt von Altlandrat Karl Eyerkaufner (SPD) stets unterstützten „guten schul- und gesundheitspolitischen Weg.“ Auch wenn der Regierungspräsident (RP) im Rahmen der Überprüfung einer sparsamen Haushaltsführung festgestellt habe, der Betrieb von Hallenbädern zähle nicht zu den Pflichtaufgaben des Kreises, so gehe es hier doch um den Zusammenhalt der kommunalen Familie. Zudem sei der Landkreis als Schulträger in der Pflicht; auch Sportplätze und -hallen würden vom Kreis betrieben – warum dann kein Hallenbad?

Der Kreis habe die Chance verpasst, im Zusammenhang mit dem Fördergeld aus den Konjunkturprogrammen dem Erhalt der Hallenbäder entsprechende Priorität einzuräumen. Enttäuscht zeigte sich Breidenbach von der Haltung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rolf Müller, der zugleich Präsidenten des Landessportbundes Hessen (LSB/H) ist, aber gestern nicht in der Sitzung war. Müller würde „das Thema offensichtlich nicht so stark berühren“, so der FW-Abgeordnete.

Helmut Weider (CDU) erinnerte daran, dass der RP bei der Genehmigung des Haushaltes 2004 die Auflage erteilt habe, die so genannten freiwilligen Leistungen zu kürzen. Daraufhin habe sich der Kreistag zum Ausstieg aus den Hallenbad-Zweckverbänden entschlossen. Nachdem nun mit mehreren Kommunen faire Lösungen erarbeitet worden seien, müsse er den Dringlichkeitsantrag als „überflüssig“ bezeichnen. Der Kreis werde neue Regelungen finden, um den Schwimmunterricht für seine Schulen sicher zu stellen. Dies betonte auch Karl Netscher, finanzpolitischer Sprecher der SPD: „Jetzt, wo wir ein Teil der Ausstiegsszenarien hinter uns gebracht haben, wieder-umdrehen zu wollen, ist Blödsinn hoch drei.“